

A N T W O R T

zu der

Anfrage des Abgeordneten Dennis Lander (DIE LINKE.)

betr.: Polizei im Saarland und Ankündigungen im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD

Vorbemerkung des Fragestellers:

„Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene heißt es: ‚Bund und Länder haben die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden bereits vorangebracht. Am Ende dieser Ausbauphase werden insgesamt 15 000 Stellen geschaffen worden sein. Der Bund wird 7500 zusätzliche Stellen schaffen.‘ Dies soll offenbar bedeuten, dass die Länder in den nächsten Jahren die übrigen 7.500 Stellen bei der Polizei schaffen sollen.“

Wie viele zusätzliche Stellen werden bei der Polizei im Saarland in den kommenden Jahren geschaffen?

Zu Frage 1:

Gemäß dem „Koalitionsvertrag für die 16. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes (2017-2022)“ ist beabsichtigt, die Personalstärke ab 2021 stabil zu halten. Damit die ab dann anfallenden Personalabgänge ausreichend kompensiert werden, wird bereits jetzt die notwendige Zahl an Kommissaranwärterinnen und -anwärtern eingestellt. Dies macht auch eine moderate Erhöhung der Anwärterstellen in den kommenden Jahren notwendig. Bereits im Haushaltsjahr 2018 wurde in diesem Zusammenhang die Anzahl der Stellen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter um 21 Stellen erhöht.

Wie viel Geld wird die Schaffung dieser im Koalitionsvertrag angekündigten zusätzlichen Polizei-Stellen das Saarland kosten?

Wer trägt die Kosten für die zusätzlichen Polizei-Stellen und gibt es mit dem Bund darüber entsprechende Vereinbarungen bzw. wird die Landesregierung in dieser Angelegenheit mit der neuen Bundesregierung Gespräche aufnehmen?

Wie steht die Landesregierung dazu, dass die neue Bundesregierung den Ländern 7500 zusätzliche Stellen bei der Polizei vorschreiben will?

Zu den Fragen 2 - 4:

Bei der zitierten Passage aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD handelt es sich bisher um eine Absichtserklärung der Bundesregierung. Derzeit ist nicht bekannt, wie diese Absicht durch die Bundesregierung mit Blick auf die Bundesländer umgesetzt werden soll. Die Landesregierung wird auf Bund-Länder-Ebene das Gespräch suchen.

Wie viele der 7500 Polizei-Stellen, die der Bund selbst schaffen will, werden bei der Bundespolizei im Saarland geschaffen bzw. wie viele zusätzliche Bundespolizei-Stellen wären hier aus Sicht der Landespolizei nötig?

Zu Frage 5:

Die Schaffung zusätzlicher Bundespolizeistellen im Saarland fällt in den Verantwortungsbereich des Bundes. Aufgrund der Grenzlage des Saarlandes erwartet die Landesregierung eine angemessene Partizipation an der angekündigten bundesweiten Personalverstärkung der Bundespolizei.